

## Brasilien: Politik und katholische Kirche in der "Neuen Republik"

Von *Christiano German*

### 1. Einleitung: Politische Bedeutung und Ansehen der katholischen Kirche in Brasilien

Die zunächst guten Beziehungen zwischen Regierung und katholischer Kirche während der ersten sechs Amtsmonate von Präsident José Sarney begannen schon bald in einen grundsätzlichen Dissens über das Tempo und die Qualität des Demokratisierungsprozesses umzuschlagen<sup>1</sup>. Die erste zivile Regierung nach 21 Jahren Militärherrschaft befürwortete zwar eine "politische" Demokratie mit Freiheiten, behielt jedoch die autoritären Herrschaftsstrukturen bei und verfolgte nach Ansicht der Kirche die überfälligen sozialen Reformen nicht mit dem notwendigen Nachdruck<sup>2</sup>. Entsprechend der kirchlichen "Option für die Armen"<sup>3</sup> forderte die Nationale Bischofskonferenz nicht nur von der Regierung den konsequenten Ausbau zu einer "sozialen" Demokratie, sondern ging bereits selbst mit ihren pastoralen Aktionen, z.B. in dem Bereich der rund 80.000 Basisgemeinschaften, den Weg

- 1 Die Rolle der Kirche im ersten Regierungsjahr Sameys untersucht *Thomas C. Bruneau* 1987: O Papel de Igreja na Transição Brasileira, in: *Dados*, Vol.30, no.1, S.29-43, hier S.32. Zum politischen und wirtschaftlichen Hintergrund vgl. *Thomas E. Skidmore* 1988: *The Politics of Military Rule in Brazil, 1964-85*, New York/Oxford, S.256ff.
- 2 Der Einsatz der Bischofskonferenz zugunsten einer "realen" im Gegensatz zur "nominalen oder formalen" Demokratie wird in der offiziellen Note "Nao Percamos Jamais de Esperança" deutlich. Vgl. *Notícias.Boletim semanal da CNBB*, 28 de agosto de 1987, No.35 (899). Ferner *Correio Braziliense*, 29.08.1987 "Igreja pede democracia da fato" und "Repressao agora é bem maior". Zu den Grundproblemen des demokratischen Wandels vgl. *Christiano German* 1988: *Problemas fundamentales de la democracia en Latinoamérica. Tres casos: Argentina, Uruguay y Brasil*, Colección Temas 12 (Edeval), Universidad de Valparaíso/Chile.
- 3 Als Konsens unter den Bischöfen Lateinamerikas gilt, daß die Kirche ihre zuvor überwiegend enge Bindung an die Oberschicht löst und ihre Solidarität fortan verstärkt den sozial Benachteiligten zukommen läßt. Dieses neue Selbstverständnis kommt in den Dokumenten von Medellín (1968) und Puebla (1979) zum Ausdruck. Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Die Kirche Lateinamerikas, Stimmen der Weltkirche* 8, Bonn.

der Vermittlung politischer und sozialer Lernprozesse.<sup>4</sup> In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies Ende der 80er Jahre einen pastoralen Einsatz für ca. 70% der Bevölkerung oder 100 Millionen marginalisiert lebender Menschen<sup>5</sup>. Das politische Engagement der katholischen Kirche für demokratische Grundwerte hatte mit dem Militärregime und der wachsenden Repression gegen Ende der 60er Jahre<sup>6</sup>, die auch kirchliche Kreise nicht verschonte<sup>7</sup>, begonnen und begründet ihr hohes Ansehen bei den betroffenen Bevölkerungsschichten. Betrachtet man die 1987 durchgeführte Umfrage eines der führenden Meinungsforschungsinstitute in Brasilien über die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Institutionen des Landes, so verfügt nur noch die katholische Kirche über ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit, 73% der Befragten waren der Ansicht, daß sie überwiegend die Wahrheit spreche. Es folgten die Presse mit 54% und die Gewerkschaftsführer mit 46%. In einer Situation fortbestehender wirtschaftlicher und institutioneller Krisen sank das Ansehen der Politiker mit 14% auf den letzten Platz hinter der Unternehmerschaft (29%) und dem Präsidenten (41%)<sup>8</sup>.

Das geringe Prestige betrifft besonders jene mächtigen politischen und wirtschaftlichen Gruppen, die zum Erhalt der eigenen Privilegien einen sozio-ökonomischen Status quo verteidigen, der die größten Einkommensdisparitäten der Welt aufweist<sup>9</sup>. Die Unterentwicklung des Landes und die Armut der Bevölkerung wurden bisher, wie in anderen Ländern Lateinamerikas auch, zu einem ganz erheblichen Maß von den herrschenden Eliten durch Einsatz aller politischen, juristischen, polizeilichen und notfalls militärischen Mittel

- 4 Vgl. *Miguel Manzanera* 1988: Lateinamerikanische Kirchliche Basisgemeinschaften. Eine Herausforderung für die Kirche, Eichstätt: Hochschulreden 63, München, S.10 und *Clodovis Boff* 1981: Die Physiognomie der Basisgemeinschaften, in: Concilium, Heft 4, S.317-324. Ferner *Wilfried Liehr* 1988: Katholizismus und Demokratisierung in Brasilien. Stimulierung von sozialen Lernprozessen als kirchliche Reformpolitik, Saarbrücken/Fort Lauderdale, S.199ff.
- 5 Erschwerend kommt bei ständig wachsender Bevölkerung ein akuter Priestermangel hinzu. Bei ca. 13.000 Geistlichen kommt ein Padre statistisch gesehen auf ca. 10.000 Einwohner. Da hiervon jedoch etwa die Hälfte nicht in der Seelsorge tätig sind, ist ein Verhältnis bis zu 1:20.000 realistisch. Vgl. *Ceris Informa*, No.13, Outubro de 1985, S.6. Zu den traditionellen Problemen des Priestermangels ferner *Callistus Busjan* 1960: Priester und Priesternachwuchs im Urteil der Brasilianer, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, 1.Band, S.129-138. Zur sozialen Situation der brasilianischen Bevölkerung vgl. *Hélio Jaguaribe* et al. 1986: Brasil, 2000. Para um novo Pacto Social und 1989: Reforma ou Caos, beide Rio de Janeiro (Paz e Terra).
- 6 Zur Rolle der Kirche von 1964 bis 1985 siehe *Ralph della Cava* 1989: The "People's Church", the Vatican and Abertura, in: *Alfred Stepan* (ed.): Democratizing Brazil. Problems of Transition and Consolidation, New York/Oxford, S.143-167. Den kirchlichen Einsatz für die Menschenrechte behandelt *Maria Helena Moreira Alves* 1984: Estado e Oposição no Brasil (1964-1984), Petrópolis (Vozes), S.200 ff.
- 7 Vgl. hierzu für viele das Dokument Repressão na Igreja no Brasil. Reflexo de uma Situação de Opressão (1968-1978), in: Revista do CEAS, no.60, mar/abr 1979.
- 8 Vgl. das politische Wochenmagazin Istoé, 25.11.1987 "Começa a corrida", unter Berufung auf Ibope.
- 9 Vgl. *Jaguaribe* 1988, a.a.O., S.18.

aufrechterhalten<sup>10</sup>. Diese Gruppen haben der Kirche und jeder anderen Institution, die grundlegende soziale Reformen wie eine gerechtere Einkommensverteilung durchsetzen will, den Kampf angesagt. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß es auch Regierungsvertreter, hohe Verwaltungsbeamte und zahlreiche Politiker gibt, die grundsätzlich oder zumindest teilweise die Positionen der Kirche befürworten. Trotzdem bleiben sie der Ansicht, daß politische Angelegenheiten ausschließlich Sache der Regierung und der Politiker seien. Diese Auffassung wird auch von den Vertretern der konservativen und fundamentalistischen Linie<sup>11</sup> im Klerus vertreten, während die große Mehrheit der Bischöfe offensichtlich an dem politischen Willen und der Durchsetzungsfähigkeit der Regierung bei tiefgreifenden Strukturreformen zweifelt<sup>12</sup>.

Hieraus ergibt sich in der "Neuen Republik" zwischen 1985 und 1989 eine paradoxe Situation. Gerade in der hoffnungsvollen Phase allgemein angekündigter Demokratisierung vereinigen sich sozial konservative wirtschaftliche, politische und kirchliche Interessengruppen zu einer Allianz gegen die politischen Positionen und Aktionen der demokratieorientierten Mehrheit des brasilianischen Klerus. Dieser Allianz schlossen sich zudem noch einflußreiche Teile der Presse an. Im Vergleich hierzu hatte die Kirche in der Ära der Militärregime<sup>13</sup> leichter identifizierbare Gegner.

Das pastorale Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Achtung der Menschenwürde wird auch in der "Neuen Republik" von Teilen der weiterhin herrschenden Oberschicht mit dem Hinweis auf eine angestrebte marxistische Revolution diskreditiert. Die von der Nationalen Bischofskonferenz offiziell in ihren Dokumenten befürworteten Aktionen u.a. im Bereich der Sozialarbeit, Caritas, Basisgemeinschaften und Selbsthilfegruppen gehen jedoch ausdrücklich den Weg der friedlichen Reform, nicht des revolutionären Umsturzes. Die Arbeit der katholischen Kirche trägt angesichts des Ausmaßes an menschlichem Elend in

10 Hierzu *Manfred Wöhlcke* 1989: *Der Fall Lateinamerika: Die Kosten des Fortschritts*, München, S.19 und 1988: *Endogene Entwicklungshemmnisse und qualitative Probleme des gesellschaftlichen Wandels in Lateinamerika*, Ebenhausen (Stiftung Wissenschaft und Politik).

11 Die Einteilung des brasilianischen Episkopats z.B. in Revolutionäre, Reformer, Konservative und Fundamentalisten/Integralisten ist umstritten. Vgl. *Luis A. de Boni* 1978: *Kirche und Volkskatholizismus in Brasilien*, in: *Fernando Castillo* (Hg.), *Theologie aus der Praxis des Volkes. Neuere Studien zum lateinamerikanischen Christentum und zur Theologie der Befreiung*, München, S.125-171. Eine aktuellere Aufzählung sog. "Progressistas" und "Conservadores" unter den Bischöfen ist zu finden in: *Isto é/ Senhor*, 12.04.1989 "Seja feita a Vossa vontade".

12 Diese Beurteilung ist zahlreichen kirchlichen Verlautbarungen zu entnehmen. Vgl. z.B. *Documentos da CNBB* 40, 1988, Sao Paulo, S.12ff. oder 82ff.

13 Vgl. *Thomas C. Bruneau* 1974: *The Political Transformation of the Brazilian Catholic Church*, Cambridge, S.177ff. und 1982: *The Church in Brazil. The Politics of Religion*, Austin. Zur Rolle der Kirche unter der Militärrherrschaft ferner *Scott Mainwaring* 1989: *A Igreja Católica e a Política no Brasil (1916-1985)*, São Paulo (Brasiliense).

Brasilien insgesamt betrachtet eher dazu bei, das vorhandene Konfliktpotential zu verringern<sup>14</sup>.

Im folgenden werden drei ausgewählte Problembereiche untersucht, die den Dissens zwischen Regierung und Kirche über eine demokratiefördernde Politik veranschaulichen und im Zusammenhang mit einer Vielzahl weiterer Konfliktfelder stehen: die Rolle des Nationalen Sicherheitsrates, die Indianerfrage und die Probleme des Kommunikationswesens. Der Begriff der Katholischen Kirche steht hier als Synonym für die Nationale Bischofskonferenz CNBB, deren politische Positionen in öffentlichen Verlautbarungen als gemeinsame Beschlüsse des Episkopats dokumentiert sind<sup>15</sup>. Neben den Positionen dieser beiden politischen Akteure wird als dritte politische Kraft der im November 1986 frei gewählte Kongreß in seiner Funktion als Verfassungsgebende Versammlung berücksichtigt. Die am 5. Oktober 1988 verkündete siebte oder, je nach Zählweise, achte Verfassung Brasiliens seit der Unabhängigkeit<sup>16</sup> schuf den konstitutionellen Rahmen der neuen Demokratie, auch für die drei hier behandelten Bereiche.

## **2. Konfliktfelder zwischen Regierung und katholischer Kirche**

### *2.1 Die Rolle des Nationalen Sicherheitsrates*

Mit Datum vom 3. Juni 1986 wurden Präsident Sarney vom Nationalen Sicherheitsrat Dossiers mit geheimdienstlichen Erkenntnissen über die Institution Kirche und zahlreiche Geistliche sowie Situationsanalysen mit Vorschlägen für Aktionen gegen die Kirche zugeleitet<sup>17</sup>. Der Nationale Sicherheitsrat nahm nach der weiterhin gültigen Militärverfassung als höchste Instanz in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit wichtige Beratungsfunk-

14 Eine Bestätigung für diese Einschätzung liefert ein Interview mit dem Erzbischof von Sao Paulo, Kardinal *Paulo Evaristo Arns*, in: *Missionsdienst* 10/1989, S.5.

15 Über die Dokumente der CNBB wird Punkt für Punkt bei der jährlichen Generalversammlung der Bischöfe abgestimmt. Die Ergebnisse werden im kircheninternen *Comunicado Mensal* der CNBB veröffentlicht. Vgl. z.B. *Comunicado Mensal*, 30 de Abril de 1989 - Ano 37 - n.420, S.503-508 über das Dokument "Igreja: Comunhao e Missao na evangelizaçao dos povos, no mundo do trabalho, da política e da cultura", *Documentos da CNBB* 40, 1988, São Paulo.

16 Die Verfassung von 1969 ist eine veränderte Version des Textes von 1967. Zu den Verfassungen siehe *Adriano Campanhole/Hilton L. Campanhole* 1978: *Todas as Constituições do Brasil*, São Paulo (Atlas). Zum Text der neuen Verfassung vgl. *Constituição da República Federativa do Brasil*: promulgada em 5 de outubro de 1988, *Série Legislação Brasileira*, São Paulo (Saraiva) 1988.

17 Die in Paris erscheinende kirchliche Wochenzeitschrift "Dial" publizierte am 31.03.1988 Auszüge dieser vertraulichen Dokumente. In Brasilien waren bereits im November 1987 von den Tageszeitsungen "Folha de São Paulo" und "O Estado de São Paulo" kurze Zusammenfassungen veröffentlicht worden. Das *Jornal do Brasil* vom 28.08.1988 geht in dem Artikel "CSN em documento confidencial propoe controle sobre a Igreja", unter Hinweis auf "Dial", näher auf die Dossiers ein.

tionen für den Präsidenten wahr. Zu den Aufgaben des Rates hatte während der Militärherrschaft die Formulierung und Durchsetzung der Politik der Nationalen Sicherheit gehört sowie die Bestimmung der "permanenten nationalen Ziele" und "Grundlagen der nationalen Politik"<sup>18</sup>. Es ist nicht erwiesen, daß Präsident Sarney die Überwachung der Kirche selbst angeordnet hat und offiziell nicht bekannt, welche Entscheidungen aufgrund der Dossiers getroffen wurden. Vieles spricht dafür, daß die militärische Führung und Bürokratie ihrem traditionellen Selbstverständnis folgend als "Prärogative" gehandelt hat<sup>19</sup>.

Die zwölf Dossiers über Struktur und Tätigkeitsbereiche der Kirche weisen auf erhebliche Irritationen der militärischen Sicherheitsexperten über das Engagement der katholischen Kirche im sozial-politischen Bereich hin. Im Dossier 07, Studie Nr.008 vom 3. Juni 1986 mit 18 Seiten und umfangreichem dokumentarischen Anhang, auf das die folgenden Ausführungen Bezug nehmen, wird die katholische Kirche als die bedeutendste aktive religiöse Institution im Landes mit ausgezeichneter Organisationsstruktur bezeichnet. Ihre beiden größten Organe, die Nationale Bischofskonferenz (CNBB) und die Nationale Konferenz der Geistlichen (CRB) sollen ein Organisationsnetz bilden, das ganz Brasilien umfaßt mit 352 Seminaren, 2.559 Schulen und Bildungsstätten, 143 Hochschulfakultäten, 1.344 Krankenhäusern, Erholungsheimen und Ambulanzen, 150.000 Basisgemeinschaften und zahlreichen Kommunikationsmitteln. Nach Ermittlungen des Sicherheitsrates waren Mitte der 80er Jahre 120 Mitglieder der CNBB, d.h., rund 30% der progressiven Linie ("corrente progressista") im Klerus zuzurechnen, die alle Führungspositionen besetzte und den politischen Charakter der kirchlichen Arbeit bestimmte. Unter diesen wurden 40 als linksradikale Aktivisten und Anhänger der "Theologie der Befreiung" identifiziert<sup>20</sup>. Der CNBB gehörten Mitte der 80er Jahre 27% Ausländer an, und die CRB, welche die verbleibenden Geistlichen umfaßt, zählte 39% ausländische Mitglieder. Der Sicherheitsrat klassifizierte sieben Bereiche kirchlicher Aktivitäten als besonders bedenklich für die nationale Sicherheit: ihr Engagement zugunsten der Agrarreform, der Gewerkschaftsbewegung, der Menschenrechte, der Indianerfrage, des Erziehungssystems, der ärmsten Bevölkerungsschichten und in der Parteipolitik. In diesen Bereichen sei die Kirche verantwortlich für das Auftauchen zahlreicher Spannungsbereiche in Brasilien.

<sup>18</sup> Vgl. Art.87 und 89 der Verfassung von 1969. Zum politischen System der Militärherrschaft siehe *Christiano German* 1983: *Brasilien. Autoritarismus und Wahlen*, München/Köln/London, S.96ff.

<sup>19</sup> Die militärische Prärogative mit weiterhin sechs Militärministern im Kabinett Sarney analysiert *Alfred Stepan* 1988: *Rethinking Military Politics. Brazil and the Southern Cone*, Princeton, S.103ff.

<sup>20</sup> Bemerkenswert ist, daß der Sicherheitsrat die "Theologie der Befreiung" nur in Zusammenhang mit dieser radikalen, sozialistisch orientierten Minderheit nennt, die großen Einfluß auf die Gestaltung der Pastoralen haben soll. Zu den Befreiungstheologien in Brasilien siehe die zahlreichen Schriften der Missionszentrale der Franziskaner e.V. in Bonn und für Lateinamerika *Jeffrey L. Klaiber* 1989: *Prophets and Populists: Liberation Theology, 1968-1988*, in: *the Americas*, Volume XLVI, July, Number 1, S.1-15.

Die finanzielle Hilfe von 43 aufgezählten ausländischen Institutionen und die hohe Zahl an ausländischen Priestern hatte nach Ansicht des Sicherheitsrates zum Ziel, der brasilianischen Kirche den Zugang zu allen sozialen Schichten im Lande zu ermöglichen. Die als "sensibel" eingestuften Tätigkeitsbereiche können im einzelnen kaum aufgeführt werden. Die folgende Auswahl von kirchlichen Aktionen, die es zu verhindern gelte, zeigt eine politische Einstellung militärischer Kreise, die keine demokratische Ordnung oder grundlegende sozialen Reformen anstreben:

1. Die Arbeit zugunsten einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung.
2. Der Einsatz gegen die großen Staudamm- und Erschließungsprojekte der Regierung.
3. Das Engagement für Minderheiten, für Schwarze und Indianer.
4. Die Kampagne für eine Neuordnung des Kommunikationswesens unter Einbeziehung der Interessen des einfachen Volkes.
5. Die Ausbildung und Unterstützung von Führungspersonen auf dem Land und in den Städten, im Bereich der Gewerkschaften, bei den Parteien (wie der Arbeiterpartei PT) sowie die Organisationen der nationalen Studentenunion und die Schaffung von Volksbewegungen.
6. Die Tätigkeiten zugunsten einer Agrarreform.
7. Der Einsatz für die Landarbeiter und die sog. "Landlosen" (Sem Terra).
8. Der Kampf gegen die Trockenheit im Nordosten, besonders im Widerspruch zu den Regierungsprogrammen.
9. Die Aktionen gegen das Anwachsen der religiösen Sekten, des Spiritismus und der afro-brasilianischen Kirche.
10. Ein Erziehungswesen im Sinne der "Educação Popular" nach der Methode Paulo Freires.

Der Sicherheitsrat gestand der Kirche einen sehr großen Einfluß auf Brasilianer aller Schichten und eine "ziemlich effektive" Arbeit zu. Um der Einmischung der Kirche in nationale Probleme zu begegnen, da sie "praktisch alle permanenten nationalen Ziele" tangiere, unterbreitete der Rat dem Präsidenten einen Katalog von Gegenmaßnahmen. Zunächst wurde eine Erweiterung der sozio-ökonomischen Programme der Regierung vorgeschlagen, um die Kritik der Kirche zu entkräften. Auch die Aufnahme eines Dialoges mit dem konservativen Teil des Klerus, die Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Manipulation der nationalen Probleme durch die Kirche und eine Mobilisation der eigenen Anhänger zur Sympathiewerbung für die Regierung bei der Bevölkerung wurden angeregt. Eine weitere Empfehlung betraf die Schaffung effektiver Mechanismen zur Überwachung und Kontrolle der kirchlichen Aktionen. Um z.B. Informationen über die finanzielle Unterstützung der Kirche aus dem Ausland zu erhalten, wurde die Schaffung eines vertraulich arbeitenden Gremiums vorgeschlagen, dem Vertreter des Nationalen Geheimdienstes SNI, des Sicherheitsrates und des Außenministeriums Itamaraty angehören sollten.

Das Bekanntwerden von Teilen der Dossiers im November 1987 bestätigte die in Kirchenkreisen bereits vom Militärregime her gewohnte Überwachungspraxis, löste jedoch wegen der unterstellten Aufrufe zur Gewalt und zu radikalen Massenbewegungen und angesichts der vorgeschlagenen staatlichen Gegenmaßnahmen große Betroffenheit aus. Der Vorsitzende der brasilianischen Bischofskonferenz, Dom Luciano Mendes de Almeida, bezeichnete die Beschreibungen und Erkenntnisse in den Dossiers gegenüber der Presse als unzutreffend. Dom Luciano Mendes teilte mit, daß er die Dokumente als Ausdruck eines Staates betrachte, der weiterhin der militärischen Doktrin der Nationalen Sicherheit verpflichtet sei. Sie paßten nicht in das Bild eines Staates, der sich seinen Bürgern gegenüber als Demokratie ausbebe. In einem weiteren Interview stellte er fest, daß der Sicherheitsrat Aufgaben wahrnehme, die überholt schienen und an die Zeiten autoritärer Herrschaft und staatlicher Willkür erinnerten. Ferner hat er, begleitet von dem Generalsekretär der CNBB, beim Präsidenten persönlich vorgesprochen, um seinem "Befremden" gegenüber den Dossiers des Sicherheitsrates Ausdruck zu verleihen<sup>21</sup>.

Die Verfassungsgebende Versammlung hat den Nationalen Sicherheitsrat, seine Richtlinienkompetenz und den Begriff "Nationale Sicherheit" als Relikt der Militärherrschaft abgeschafft. Die Machtposition des Militärs im Staate ist dadurch allerdings nicht entscheidend eingeschränkt worden<sup>22</sup>. An seine Stelle treten nunmehr zwei neue Beratungsorgane des Präsidenten: ein oberster ziviler "Rat der Republik" (Art.89/90) und ein "Nationaler Verteidigungsrat" (Art.91), dem die auch weiterhin vorgesehenen Militärminister angehören. Die Beratungsfunktionen beider Gremien bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sind allgemein formuliert und überschneiden sich teilweise, wie der gemeinsame Auftrag, nunmehr die Demokratie schützen zu helfen.

## 2.2 Die Indianerfrage

Unter den umstrittenen Regierungsplänen zur Erschließung der Urwälder des Landes hat besonders das im Oktober 1986 in der Öffentlichkeit bekanntgewordene Großprojekt "Calha Norte" (Nördliches Becken) viel Aufsehen durch die umfangreiche Kritik der Kirche verursacht. Die Regierung Sarney hatte im Juni 1985 unter Einbeziehung des Nationalen Sicherheitsrates damit begonnen, erste Überlegungen über die wirtschaftliche, militärische und kulturelle Nutzung eines als "Calha Norte" bezeichneten Gebietes von ca. 1,22 Millionen qkm anzustellen. Diese Region im Norden Brasiliens, oberhalb der Flüsse Soli-

21 Vgl. Folha de São Paulo, 5.11.1987 "D. Luciano vai a Sarney manifestar sua 'estranheza' com documentos do CSN", 6.11.1987 "D. Luciano diz que textos do CSN 'nao sao atuais'" und 7.11.1987 "D. Luciano ataca o CSN e diz que órgão é autoritário".

22 Nach Art.142 der neuen Verfassung bestehen die Aufgaben der Streitkräfte nach außen hin darin, das Vaterland zu verteidigen, im Inneren die Verfassungsinstitutionen zu garantieren und auf Initiative der konstitutionellen Gewalten die Aufrechterhaltung der Gesetze und der Ordnung zu gewährleisten.



moes und Amazonas, umfaßt etwa 14% des brasilianischen Staates und entspricht vergleichsweise fünfmal der Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Auf einer Länge von 6.500 km grenzt hier Brasilien an Franz.-Guyana, Surinam, Guyana, Venezuela und Kolumbien. In dem riesigen Waldgebiet mit durchschnittlich 1,2 Einwohnern pro qkm (1985) leben ca. 40.500 Indianer, d.h., ein Viertel der von dem Nationalen Sicherheitsrat mit 176.180 (1986) bezifferten Indianerbevolkerung Brasiliens. Von Seiten des Indianermissionsrates der Kirche wird eine Zahl von rund 220.000 Indianern und 180 Stämmen genannt<sup>23</sup>. Die geplante und in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zum Teil bereits begonnene Erschließung dieser schwer zugänglichen, zum größten Teil noch unerforschten Urwaldgebiete wird von Regierungsseite mit politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt militärischen Überlegungen zur Grenzsicherheit und staatlich-militärischer Präsenz in diesen abgelegenen Gebieten begründet. Zu den ökonomischen Aspekten des Projektes zählt, daß in dem Gebiet des "Calha Norte" äußerst wertvolle Bodenschätze vermutet werden, diese jedoch unter dem Regenwald und meist in den Indianergebieten liegen. Die brasilianische Regierung geht davon aus, daß neben nationalen auch internationale Wirtschaftsgruppen vielfältige Interessen an dieser ressourcenreichen Region hegen. Bereits die Militärregierungen hatten aus ähnlichen Gründen eine besondere Sensibilität für alle Fragen entwickelt, die im Zusammenhang mit dem Amazonasbecken stehen<sup>24</sup>.

Nach Ansicht der Nationalen Bischofskonferenz und des Indianermissionsrates CIMI bedeutet die "Militarisierung des Amazonas" eine existentielle Bedrohung für ca. 50.000 Indianer von 33 Stämmen. Dom Erwin Kräutler, der österreichisch-brasilianische Bischof von Xingu (Territorium Amapá) und Präsident des CIMI, bezeichnete der Presse gegenüber das Projekt "Calha Norte" als "autoritär, imperialistisch und paranoid" sowie als "letzten Schlag zur Ausrottung der Indianerstämme im Norden Brasiliens"<sup>25</sup>.

In einer offiziellen 9-Punkte-Erklärung schlug der Episkopat "vorbehaltlich des Rechts und der Pflicht Brasiliens zur Verteidigung seiner Grenzen", die vollständige Revision des Projektes "Calha Norte" vor, solange es "dringendste Anliegen der Indianervölker ignoriert, ihre Stammesführer kooptiert und ihre Rechte verletzt"<sup>26</sup>.

<sup>23</sup> Die Angaben über die Zahl der Indianer in Brasilien bewegen sich zwischen den genannten Ziffern. Vgl. Misereor aktuell 2, März/April 1989, S.7 und O Globo, 16.08.1987 "Índios são 220 mil e ocupam 10% do território brasileiro".

<sup>24</sup> Folgende natürliche Reichtümer werden neben Edelhölzern und Rohkautschuk in dem Gebiet der "Calha Norte" vermutet: Zinn, Eisen, Bauxit, Mangan, Niobium, Kolumbit, Zinnstein, Tantalit, Molybdän, seltene Erden, Gold und Diamanten. Sie gehören zu den wertvollsten Rohstoffen, die in der modernen Industrie Verwendung finden.

<sup>25</sup> Vgl. Correio Braziliense, 1.11.1986 "Cimi condena projeto de militarizar Amazonia" und Folha de São Paulo, 3.12.1986 "Em documento, bispos criticam Calha Norte".

<sup>26</sup> Dieser Aufruf wurde, wie auch andere offizielle Erklärungen zur politischen Situation, an alle Verfassungsgeber und die Presse weitergeleitet. Vgl. Notícias. Boletim Semanal da CNBB, 28 de abril de 1988, No.17 (934). Eine etwas freie deutsche Übersetzung in: Für die Sache der Indianer. Erklärung der 26. Vollversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz, in: Weltkirche 7/1988, S.220.



Die Problematik des Projektes "Calha Norte" für die Kirche wird im Zusammenhang mit früheren Stellungnahmen zur Indianerfrage deutlich. So wurden bereits in der pastoralen Verlautbarung der CNBB "Für eine neue verfassungsmäßige Ordnung" vom April 1986 die Positionen der Kirche festgelegt<sup>27</sup>. In Teil III über die Kriterien und Erfordernisse der Verfassung für die soziale Ordnung werden u.a. konkrete Forderungen gestellt. Es sei notwendig, daß

"die Verfassung die ethnische Pluralität der brasilianischen Gesellschaft anerkennt, das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker garantiert, ihre Kultur respektiert und ihre Stammesorganisationen als Minderheiten in die brasilianische Gesellschaft aufnimmt" (Ziffer 81).

Für das Überleben der Völker und den Erhalt ihrer Kultur müsse die Verfassung ihnen

"die unveräußerliche und ausschließliche Herrschaft sowie das gemeinsame Eigentum an den Gebieten, auf denen sie leben, garantieren, ferner die Nutznießung aller vorhandenen Reichtümer, einschließlich der Reichtümer unter der Erde (subsolo)" (Ziffer 82).

Die zitierten Textpassagen formulieren, welche Garantien nach Aussicht der CNBB notwendig sind, um das Überleben der Indianer zu sichern und sie vor fremden wirtschaftlichen Interessen an ihrem Lebensraum zu schützen. Diese Ansichten standen in völligem Gegensatz zu denen der bisherigen Militärregierungen und des Nationalen Sicherheitsrates. Nach der weiterhin gültigen Verfassung von 1969 konnten die Indianervölker in den von ihnen bewohnten und von der Regierung bestimmten Gebieten nur die natürlichen Reichtümer der Erdoberfläche nutzen (Art.198). Im Vordergrund stand eine Politik der "Inkorporation" der Indianervölker in die "nationale Gemeinschaft" (Art.8 XVII o), die auch in der Neuen Republik fortgesetzt wurde<sup>28</sup>.

Die oben aufgeführten Forderungen der Kirche und die negative Haltung gegenüber dem Projekt "Nördliches Becken" wurden in den Kirchendossiers des Sicherheitsrates von 1986 als Gefährdung der nationalen Integration, des Staatsgebietes, des Fortschritts, des sozialen Friedens und schließlich der Souveränität Brasiliens gewertet.

Auf dieser Argumentationslinie begann eine der auflagenstärksten Tageszeitungen Brasiliens, "O Estado de São Paulo", eine Kampagne gegen die Kirche, die vom 9.-15. August

27 Die Vorstellungen der Kirche über die Grundzüge einer neuen Verfassungsordnung wurden bei der 24. Generalversammlung des Episkopates verabschiedet. Vgl. Por uma Nova Ordem Constitucional. Declaração Pastoral, Documentos da CNBB 36, 1986, São Paulo.

28 Die gesetzliche Grundlage der Indianerpolitik bildete das Indianerstatut Lei No.6001 vom 19.12.1973. Einen ausführlichen Überblick über die Indianerproblematik in den Jahren 1985-86 gibt Cedi-Centro Ecumênico de Documentação, Aconteceu Especial 17/1986, Povos Indígenas no Brasil - 85/86. Zur Indianerpolitik des Militärregimes siehe die zahlreichen Publikationen des Instituts für Brasilienkunde e.V. in Mettingen.

1987 dauerte. Dem Indianermissionsrat wurde im Stile von groß aufgemachten Enthüllungsjournalismus u.a. vorgeworfen, mit seinen Vorstellungen zur Indianerfrage ausländischen Wirtschaftsinteressen zu dienen. Das geforderte Selbstbestimmungsrecht der Indianer und ihr Eigentumsrecht an den bewohnten Gebieten einschließlich der Bodenschätze interpretierte die Zeitung als Tatbestand einer internationalen Verschwörung, die eine Teilung des Landes und die Beeinträchtigung Brasiliens besonders als zweitgrößtem Zinnexporteur der Welt anstrebe. Diese Kampagne stand nach Ansicht des Präsidenten des CIMI im Interesse der nationalen privaten Bergbauindustrie und zielte darauf ab, die von der Kirche eingebrachten Vorschläge bei der Verfassungsgebenden Versammlung zu diskreditieren<sup>29</sup>. Auch die Regierung und hier besonders Justizminister Paulo Brossard wandten sich in dieser Zeit gegen die Kirche. Nachdem der CIMI mit anderen Institutionen zusammen einen Gesetzesentwurf<sup>30</sup> über die Indianerfrage im Kongreß eingebracht hatte und rund 47.000 katholische Jugendliche aus Österreich ebenfalls die Verfassungsgeber in einer Petition um die Anerkennung von Eigenständigkeit und Territorialrechten für die Indianer baten, kam es gegen Ende August 1987 zu heftigen Gegenreaktionen aus dem Justizministerium. Die Vorstellung eines plurinationalen Staates wurde von Brossard als "eine Aggression gegen Brasilien" und die Österreicher als manipulierte Mitglieder einer Organisation zur Einschränkung der Souveränität Brasiliens bezeichnet<sup>31</sup>. Als der Vorsitzende der Bischofskonferenz gegenüber dem Justizminister persönlich am 25. August die Anschuldigungen der Zeitungskampagne widerlegen wollte, verlor Brossard mehrmals die Fassung und schrie den höchsten Kirchenvertreter während der Diskussion lautstark an<sup>32</sup>. Eine parlamentarische Untersuchungskommission untersuchte schließlich auf Antrag von Dom Luciano Mendes vom 17.09.1987 bis 18.03.1988 die Vorwürfe gegen die Kirche. Ihre Mitglieder erhielten im Laufe der Ermittlungen vom Sicherheitsrat die vertraulichen Kirchendossiers zur Stützung der Argumente der Zeitung. Auf diesem Wege fanden die Dossiers dann erstmals, wahrscheinlich nicht ganz unbeabsichtigt, ihren Weg zur Presse und zur Kirche selbst. Die Kirche antwortete mit einer 51 Seiten umfassenden Gegendarstellung<sup>33</sup>. Da der "O Estado de São Paulo" die Beweise für seine Behauptungen schuldig blieb, sprach die Kommission die kirchlichen Institutionen von den Vorwürfen frei. Die Verfassungsgebende Versammlung beschloß mit den Art.231 und 232 für die Indianer weiterreichende Rechte als ihnen zuvor garantiert waren. Die Eingliederungspolitik wurde

29 Vgl. Brasilien: Ein historischer Wendepunkt für die Indianerbevolkerung Brasiliens und die missionarische Kirche. Bericht von *Erwin Kräutler*, in: *Weltkirche* 7/1988, S.231.

30 Alle Bürger hatten das Recht, sog. "Emendas Populares" einzureichen. Vgl. *Proposta de Emenda Popular ao Projeto de Constituição*, in: *Noticias - Constituinte* 28, *Encarte no Boletim da CNBB*, 20 de agosto de 1987, No.34 (898).

31 Vgl. *Correio Braziliense*, 29.08.1987 "Brossard: Cimi quer a divisao do Brasil" und 31.08.1987: "A emenda do Cimi".

32 Vgl. *Correio Braziliense*, 26.08.1987 "Brossard grita com bispo por causa do Cimi".

33 Vgl. CNBB-CIMI 1987: *A Verdadeira Conspiração contra os Povos Indígenas. A Igreja e o Brasil, Brasília*.

fallengelassen, jedoch keine nationale Eigenständigkeit gewährt. Ihre soziale Struktur, Sitten, Sprachen, ihr Glauben und ihre Traditionen sowie das Recht über die traditionell von ihnen bewohnten und vom Staat demarkierten sowie geschützten Gebiete wurden anerkannt. Ihnen steht dort die alleinige Nutzung der Reichtümer des Bodens, der Flüsse und der Seen zu. Bei Fragen über die Errichtung von Staudämmen oder die Gewinnung von Bodenschätzen auf ihren Gebieten entscheidet der Kongreß nach der Anhörung der betroffenen Gemeinden. Ihnen wird nach einem entsprechenden Gesetz die Beteiligung an den Gewinnen garantiert. Der gesamte Bergbau soll nach Art.176 und 177 im nationalen Interesse sukzessive in brasilianische Hände übergehen.

### 2.3 *Die Probleme des Kommunikationswesens*

Im Zusammenhang mit dem Medienwesen in Brasilien, den "Meios de Comunicação Social", hat die katholische Kirche schwere Vorwürfe gegen den Präsidenten der Republik, José Sarney, erhoben<sup>34</sup>. Der Regierungschef strebte eine Festlegung seiner Amtszeit<sup>35</sup> auf fünf Jahre durch die Verfassungsgebende Versammlung an. Nicht nur von kirchlicher Seite wird davon ausgegangen, daß er zur Erreichung dieses Zieles die in seinem Kompetenzbereich liegende Vergabe von Konzessionen zum Betreiben von Radiostationen und Fernsehseendern als politisches Handelsobjekt genutzt hat. Der letzte Militärpräsident Brasiliens und Vorgänger Sarneys, General Figueiredo, hatte in sechs Jahren 634 Lizenzen erteilt. José Sarney dagegen vergab in weniger als drei Jahren bis Januar 1988 bereits 524 Sendegenehmigungen. Diese Praxis kam besonders dem protestantischen Flügel in der Verfassungsgebenden Versammlung zugute, der für die umstrittene Amtszeit von fünf Jahren stimmte. Der Antrag war von dem Abgeordneten Matheus Iensen aus Paraná eingebracht worden, einem Mitglied der protestantischen Sekte "Assembléia de Deus" und Inhaber religiös orientierter Medien, wie eines Radiosenders, einer Tageszeitung und einer Plattenfirma. Am 10. Juni 1988, eine Woche nach der erfolgreichen Abstimmung im Kongreß, erhielt einer seiner Söhne die Konzession für eine Radiostation. Der Abgeordnete selbst erwartete eine zweite und plante die Errichtung einer eigenen Fernsehstation. Andere Mitglieder des 33 Abgeordnete umfassenden Blocks wurden u.a. mit hohen Regierungsämtern belohnt<sup>36</sup>.

34 Vgl. hierzu CNBB. Curso Pastoral de Comunicação, Agosto de 1988, Brasília, S.5 (mimeo).

35 Die Amtszeit des Präsidenten betrug zunächst nach Art.75 § 3 der Verfassung von 1969 sechs Jahre. Die Grundsatzkommission der Verfassungsgeber beschloß im November 1987 eine Reduzierung auf vier Jahre. Der endgültige Text legt in Art.82 eine Amtszeit von fünf Jahren fest. Vgl. Folha de São Paulo, 16.11.1987 "Sarney é derrotado e fica com mandato de 4 anos" und "Ulysses diz que Sarney 'deve aceitar o resultado'".

36 Vgl. Latinamerica Press (Peru), 15.09.1988, S.2 und Folha de São Paulo, 31.07.1988 "Pentecostalismo é o grupo religioso que mais cresce na América Latina". Zu den einzelnen Verfassungsgebern siehe Anuário Parlamentar Brasileiro, 1989, Ano III, Brasília.

Weitere Vorwürfe der Kirche gegen die passive Haltung der Regierung betrafen die von ihr angestrebte Nutzung der Medien als soziales Gemeingut, ohne Monopolstellung und ohne Kontrolle durch die Konzerne. Der Nationale Sicherheitsrat hatte in seinen Dossiers diese Vorstellungen als bedenklich bezeichnet. Die 25. Generalversammlung des Episkopats bestimmte am 30. April 1987 den Medienbereich als ersten Themenschwerpunkt ihrer pastoralen Aktionen bis 1990. Unter den privaten Kommunikationsmitteln erreicht der Rundfunk mit mehr als 2.000 Sendern ca. 90% der Bevölkerung, das Fernsehen mit fünf Networks und einem staatlichen Bildungskanal etwa 70% und die rund 500 Zeitungen und Zeitschriften ungefähr 10-20%. Die beiden ersten sind auch unter ökonomischen Gesichtspunkten die bedeutendsten, da Radio und Fernsehen fast 70% der gesamten Werbeeinnahmen auf sich vereinigen<sup>37</sup>.

Nach Ansicht der brasilianischen Bischöfe sollten die privaten Medien in Brasilien auch soziale Funktionen erfüllen. Folgende Kritik wird in den pastoralen Richtlinien von 1987 vorgebracht:

"Es ist festzustellen, daß die sozialen Kommunikationsmittel ihrer Aufgabe, korrekt zu informieren, nicht nachgekommen sind. Dies liegt zu einem großen Teil daran, daß sie im Dienste von Interessengruppen aus Wirtschaft und Politik stehen. Die gesellschaftliche Kommunikation dient nicht einer Überwindung der sozialen Ungerechtigkeiten, sondern einer Förderung der Konsumgesellschaft, der Ausbeutung von Gefühlen, von Leidenschaften und in besonderem Maße der Sexualität. Die Medien vermitteln nur Botschaften, die den Interessen ihrer mächtigen Eigentümer nützen: dem Streben nach Profit und Macht. Die Medien entwickeln sich zu großen Unternehmen, in denen sich Kommunikation zu einem lukrativen Konsumgut wandelt"<sup>38</sup>.

Andererseits sollte auch hervorgehoben werden, daß die katholische Kirche ebenfalls über einflußreiche Kommunikationsmittel verfügt, in denen die Bischöfe und Priester ihre Meinung ungehindert vertreten können.

Geht man von den Angaben der Nationalen Bischofskonferenz aus, so verfügt die katholische Kirche in Brasilien über 110 Radiostationen, die 50-70 Millionen Brasilianer erreichen, sowie 50 diözesane und 10 weitere nichtdiözesane Zeitungen. Hinzukommen 25 landesweit verkaufte kirchliche Monatszeitschriften und mehr als 3.000 Diözesan- oder

37 Vgl. Jörg Meyer-Stamer 1986: An der Schwelle zur Medienmacht: Fernsehen in Mexiko und Brasilien, in: *Media Perspektiven* 10, S.673-680. Zu den Daten siehe Documentos da CNBB 38, 1987, a.a.O., S.118 und Imprensa. Jornalismo e Comunicação, Caderno de Mídia, Novembro 1988, Ano II, No.15, S.77ff.

38 Documentos da CNBB 38, 1987, a.a.O., S.117. Meyer-Stamer (1986) weist ebenfalls darauf hin, daß die Funktion des Fernsehens in Brasilien nicht etwa darin besteht, Informationen und Unterhaltung zu liefern, sondern dem Publikum Konsumprodukte durch Werbespots und gezieltes Product Placing zu verkaufen, a.a.O., S.676.

Pfarrblätter kleineren Umfangs<sup>39</sup>. Die Macht der kirchlichen Medien wurde vom Nationalen Sicherheitsrat deutlich größer eingeschätzt als es den Fakten entsprach. In seinem Bericht über die Tätigkeiten der katholischen Kirche in Brasilien wurden 143 Radiostationen, 82 Zeitungen sowie zahlreiche Verlage und Publikationsorgane genannt.

Nach der neuen Verfassung ist dem Nationalkongreß fortan das letzte Wort bei der Vergabe von Lizenzen für Rundfunk- und Fernsehstationen vorbehalten. Entsprechend Art.223 und § 2 hat die Ablehnung der Verlängerung oder Gewährung einer Konzession mit mindestens zwei Fünfteln der Stimmen des Kongresses bei namentlicher Abstimmung zu erfolgen. Somit findet auch die zuvor übliche Praxis der (Militär-) Regierungen ein Ende, die Sendegenehmigungen als politische Handelsware zu verwenden. Das Ziel der Kirche, eine soziale Funktion der Massenmedien verfassungsrechtlich zu verankern, konnte nur teilweise durch die neuen Art.220 ff erreicht werden. Ein Bundesgesetz soll u.a. Medienmonopole verhindern helfen, und die Radio- und Fernsehsender müssen die "ethischen und sozialen Werte der Personen und Familien" respektieren (Art.221 IV). Die Presse feierte an erster Stelle die Abschaffung jeglicher Zensur (Art.5 IX und 220 § 2)<sup>40</sup>.

### 3. Abschließende Betrachtung

In den drei untersuchten Konfliktbereichen zwischen Regierung und katholischer Kirche vom Beginn der Präsidentschaft José Sarneys Anfang 1985 bis zur Verkündung der neuen brasilianischen Verfassung Ende 1988 können drei Grundpositionen der politischen Akteure festgestellt werden:

1. Eine passive und sozial-konservative Haltung der Regierung
2. Eine aktive und progressive Haltung der katholischen Kirche
3. Eine konsens- und reformorientierte Haltung der Verfassungsgeber

In den analysierten Problembereichen waren, bedingt durch das politische Erbe der Militärherrschaft, demokratiebehindernde institutionelle Defizite festzustellen, die von der Regierung nicht beseitigt, sondern im Interesse der eigenen Politik und Machterhaltung genutzt wurden. Dies war der Fall bei den Tätigkeiten des Nationalen Sicherheitsrates, in dem das Militär seine Monopolstellung über die Fragen der Nationalen Sicherheit wahrte und die Bischofskonferenz CNBB sowie den Indianermissonsrat CIMI nachrichtendienstlich überwachte. Die katholische Kirche hat sich mit Nachdruck gegenüber Regierung und Verfassungsgebender Versammlung gegen diese Praktiken sowie die übertriebenen und oft

<sup>39</sup> Vgl. Documentos 38, 1987, a.a.O., S.121 und *Joh. Henschel* 1989: Kirche und Kommunikation in Brasilien, in: Die Katholischen Missionen 2, S.50-53, hier S.51.

<sup>40</sup> So für viele *Jornal do Brasil*, 2.11.1988 "Constituição está pronta" und *Istoé/Senhor*, 17.08.1988 "Opção por quem trabalha".

sachlich unzutreffenden Darstellungen gewandt. Die Auflösung des Nationalen Sicherheitsrates und die Schaffung von zwei neuen Beratungsgremien blieb jedoch die einzige Niederlage, die das Militär hinnehmen mußte bzw. hingenommen hat. Auch wenn das Militär in der neuen Verfassung verschiedenen Kontrollinstanzen unterliegt, so bleibt es doch Staat im Staate.

Im Hinblick auf die Indianerpolitik wirken die Forderungen der Kirche nach einer eigenen Staatsbürgerschaft der indianischen Völker ebenso wie ein natürliches Recht auf Nutzung der unter der Erde liegenden Reichtümer zunächst deutlich übertrieben und unrealistisch für jedes Staatswesen. Dennoch besteht die Möglichkeit, daß diese Forderungen tatsächlich die einzige Überlebenschance für die bedrohten Indianerstämme bedeuten könnten, wenn der brasilianische Staat nicht die Bereitschaft zeigt oder nicht die Durchsetzungsfähigkeit besitzt, die existentiellen Probleme dieser Minderheiten zu lösen. Ein Rückblick auf die Maßnahmen vorangegangener Militäradministrationen und der Regierung Sarney zum Schutze der Indianer läßt keine optimistische Bestandsaufnahme oder Voraussagen zu. Im Gegenteil zeigte sich durch die kontinuierliche Zerstörung der Amazonaswälder ein erheblicher Mangel an Verantwortungsbewußtsein und politischem Willen zum Schutze der Vegetation, der Tierwelt und letztlich des Menschen<sup>41</sup>. Die archaische und anarchische Situation in den Indianergebieten zeigt ferner, daß der brasilianische Staat erstens keine effektive Kontrolle über diese entlegenen Gebiete hat und zweitens die politischen Eliten bei der Indianer- und Umweltproblematik konzeptionell überfordert sind. Die Verfassungsgebende Versammlung hat versucht, zahlreiche dieser Probleme unter dem starken Druck der Kirche einerseits und wirtschaftlicher Interessen andererseits zu regeln. Für die Indianer konnte ein erster Sieg errungen werden. Fraglich bleibt, wie die stets schleppende Demarkierung<sup>42</sup> der Indianergebiete fortgesetzt wird und wann die entsprechenden Ausführungsgesetze zur Verfassung, von denen über hundert in allen Bereichen fehlen<sup>43</sup>, verabschiedet werden.

Das Problem des politischen Handels mit Radio- und Fernsehizenzen durch den Präsidenten und seine Vorgänger wurde grundsätzlich durch die Verfassungsgeber gelöst, da der Kongreß nunmehr in diesen Bereichen seine Zustimmung geben muß. Die Forderung der Kirche nach Behandlung der Kommunikationsmittel als soziales Gemeingut ohne Kontrolle durch die Konzerne im Rahmen der Verfassung bleibt angesichts der wirtschaftspolitischen Machtverhältnisse in Brasilien jedoch illusorisch.

41 Zu den institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der Umweltpolitik siehe *Christiano German* 1987: "Meio Ambiente" als Problembereich brasilianischer Innenpolitik, in: *G. Kohlhepp/ A. Schrader* (Hrsg.), *Ökologische Probleme Lateinamerikas*, Tübingen, S.279-292.

42 Die Problematik der Demarkierung behandeln mit unterschiedlichen Quellenangaben: *Dieter Gawora* 1989: *Zucker, Brot und Peitsche. Die Landfrage in Brasilien*, Mettingen, S.50, *O Globo*, 13.08.1987 "Funai cria reservas onde se exploram minérios" und *Jornal do Brasil*, 22.04.1984 "Terra de Índio" (Especial).

43 Vgl. *Istoé/Senhor*, 14.09.1988 "A lei de sao-nunca".

Zusammenfassend betrachtet zeigte sich, daß die "Constituintes", trotz massiver Versuche politischer Einflußnahme durch Gegner einer neuen Ordnung, in den behandelten Bereichen konsens- und reformorientierte Verfassungsbestimmungen durchzusetzen vermochten. Die entsprechenden Artikel der neuen brasilianischen Verfassung von 1988 gehen, zunächst noch theoretisch, eine Art Mittelweg zwischen den Positionen der Regierung und der katholischen Kirche, wobei die Tendenz auf eine größere Überzeugungskraft der von der Kirche vorgetragenen Argumente weist.

Am 17. Dezember 1989 wurde der ehemalige Gouverneur des Nordost-Staats Alagoas, Fernando Collor de Mello, zum neuen Präsidenten Brasiliens gewählt. Die letzte freie und direkte Wahl eines Staatsoberhauptes hatte im Jahre 1960 stattgefunden. Der für Südamerika vergleichsweise lange und vorsichtige Demokratisierungsprozeß seit der Öffnungspolitik des vorletzten Militärpräsidenten Ernesto Geisel (1974-79) fand mit dieser Volkswahl seinen formalen Abschluß<sup>44</sup>.

Die katholische Kirche hatte vier Monate vor der Wahl ein Schreiben an das Volk gerichtet, in dem neben acht politischen Zielvorstellungen auch die notwendigen persönlichen Eigenschaften des künftigen Präsidenten der Republik, wie Kompetenz, Ehrlichkeit und das Engagement für die sozialen Belange des Volkes, genannt wurden. Außerdem rief die Kirche die Bürger wiederholt auf, ihr Wahlrecht bewußt und verantwortungsvoll wahrzunehmen. Zu den wichtigsten Anliegen der Kirche zählten eine Agrarpolitik zugunsten der Kleinbauern, eine gerechte und effiziente Agrarreform, die Garantie einer gerechten Verteilung des städtischen Grund und Bodens, der Schutz der Umwelt, eine umfassende Unterstützung der Unternehmen, eine breite, öffentliche Entscheidungsfindung über die Auslandsverschuldung und schließlich das Recht der indianischen Völker auf ein Leben in Würde und der eigenen Kultur. Die Präsidentschaftskandidaten wurden zudem aufgerufen, Demokratie und Verfassung zu wahren<sup>45</sup>.

Die Festlegung auf einen Kandidaten oder eine Partei erfolgte von offizieller Seite nicht. Zahlreiche Bischöfe und Padres, besonders solche der "linha progressista", sprachen sich jedoch deutlich für den Kandidaten des linken Spektrums "Lula" da Silva und seine "Partei der Arbeiter" (PT) aus<sup>46</sup>. Collor de Mello, der sich bei der Stichwahl mit 53% der Stimmen nur knapp gegen Lula durchsetzen konnte, gilt als Vertreter des Establishments, obwohl er

<sup>44</sup> In Brasiliens Nachbarstaaten Uruguay, Argentinien, Paraguay, Bolivien und Peru sowie in Chile waren die Präsidenten der neuen Demokratien bereits zu einem früheren Zeitpunkt direkt vom Volk gewählt worden. Vgl. hierzu *Christiano German/Rudolf Steiert* (Hrsg.) 1988: Lateinamerika zwischen Demokratie und Militärherrschaft, Sozialwissenschaftliche Informationen (SOWI), Heft 1.

<sup>45</sup> Vgl. Notícias - Constituinte 124, Encarte no boletim semanal da CNBB, 25 de agosto de 1989, No.34 (1003). Ferner Notícias. Boletim semanal da CNBB, 8 de dezembro de 1989, No.49 (1018) und 15 de dezembro de 1989, No.50 (1019).

<sup>46</sup> Hierzu u.a. Folha de São Paulo, 21.11.89 "Ala 'progressista' da Igreja vai intensificar apoio a Lula". Zur wiederholten Aussage des ständigen Rates der Bischofskonferenz, keine politische Präferenz zu nennen, siehe Notícias. Boletim semanal da CNBB, 24 de novembro de 1989, No.47 (1016).



während seiner Gouverneurszeit das Image eines Reformers und Kämpfers gegen Vetternwirtschaft und Korruption erlangte.

Die Altersstruktur der brasilianischen Bevölkerung und die sozialen Gegensätze widerspiegelnd, rangen zwei junge Kandidaten unterschiedlichster Herkunft um das höchste Amt im Staate<sup>47</sup>. Der 44-jährige Sohn eines Landarbeiters aus ärmsten Verhältnissen trat gegen den vier Jahre jüngeren Sproß einer reichen Politiker- und Unternehmerfamilie an. Daß es so weit kommen konnte, ist ein Erfolg der Demokratisierung. Eine vorrangige Option für die arme Mehrheit der Bevölkerung wird auch die neue politische Lage nicht bedeuten.

<sup>47</sup> 49,8% der ca. 82 Millionen Wähler waren zwischen 18 und 34 Jahren, nur 10,1% über 60. Nach einer Studie des Ibge gaben lediglich 1,8% der Befragten an, sie würden sich nach den Wahlempfehlungen von Priestern richten. 57,9% sagten, ihre Entscheidung werde weder von der Kirche, noch den Gewerkschaften oder der Presse beeinflusst. Einen "starken Einfluß" des Fernsehens räumten 76,6% ein. Vgl. Latin American Regional Reports Brazil (10), 23.11.89, S.3.

# ABSTRACTS

## **Brazil: Politics and Catholic Church in the "New Republic"**

*By Christiano German*

The paper discusses three fields of conflict between government and Catholic Church in Brazil's "New Republic" from 1985 to 1989. The analysis of the confrontations about the role of the National Security Council, the Indian question and the problems of mass communication shows a marked dissent as to the view of the speed and the quality of the democratization process. Whereas the attitude of the government was rather passive and socio-conservative, the Catholic Church took an active, progress-oriented position. The decisions of the Constituent Assembly, which played a special role during this period, were included into the analysis of the respective fields of conflict. It was found that concerning the issues under examination the "Constituintes" - inspite of massive attempts by opponents of a new order to exercise political influence - were able to put through consent- and reform-oriented constitutional laws. The respective articles of Brazil's new 1988 constitution point, for the time being only theoretically, at a kind of middle way between the positions of the government and the Catholic Church, the arguments presented by the Church tending to show more power of persuasion.

## **Democracy in Venezuela: Presidentialism, Political Parties and Elections**

*By Wolfgang Spoerr*

The author concludes that the fact that the Venezuelan democracy is presidential and not parliamentary has contributed decisively to the democratic stability of this country. The competing hypotheses of "political pacts" is rejected as having little explanatory value. Without presidential elections, it is likely that the bipartisan party system in Venezuela would not have evolved. The electoral system of parliamentary elections is characterized as being highly proportionate. Elements which were designed to reduce the influence of small parties have not become effective in Parliamentary elections. Instead, the presidential access to the executive branch of government has served the purpose of focusing political interest and activities in the two big parties AD and COPEI.